

Märkische Oderzeitung

Nach Hartz IV kein besonderer Anstieg der Mietschulden

Potsdam/Cottbus (dpa) Brandenburger Vermieter von Wohnraum haben seit Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) kaum ansteigende Mietschulden registriert. Dafür sei es noch zu früh, schätzte der Verband der Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen (BBU) in einer dpa-Umfrage ein. Für einen Teil einstiger Sozialhilfeempfänger, die nun ALG II bekommen, überwiesen wie bisher die zuständigen Ämter die Miete, sagte ein Verbandssprecher. "Unsere Unternehmen versuchen, betroffene Mieter zu beraten und zu unterstützen." In Brandenburg gehören dem Verband 229 Mitgliedsunternehmen an. Sie bewirtschaften rund 385 000 Wohnungen.

Dagegen beobachtet Brandenburgs Mieterbund eine gewisse Zunahme von Mietrückständen. "Im Umland von Berlin und in Potsdam sind die Mieten besonders hoch, und sozial schwache Menschen haben zunehmend Mühe, sie zu bezahlen", sagte Geschäftsführer Rainer Radloff. Dies treffe auch auf strukturschwache Regionen wie die Uckermark zu, wo die Arbeitslosigkeit örtlich bei 30 Prozent liegt.

Konkrete Zahlen konnte Radloff noch nicht nennen, weil das erste Halbjahr erst ausgewertet werden müsse. Im Landkreis Havelland hätten einige ALG-II-Empfänger beim Sozialgericht Klage eingereicht, weil die Behörden von ihnen verlangten, die Kosten für Warmwasserversorgung selbst zu bezahlen. "Wir sehen das als problematisch und rechtlich nicht haltbar an und unterstützen deshalb diese Klagen."

Der mit einem Bestand von 21 800 Wohnungen größte brandenburgische Wohnungsvermieter, die Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH (GWC), verzeichnet derzeit Mietschulden in Höhe von rund 6,8 Millionen Euro. Mit diesem Betrag könnten nach Unternehmensangaben etwa 300 Wohnungen komplett modernisiert werden. Der gegenwärtige Fehlbetrag liege doppelt so hoch wie 1993, sagte GWC-Sprecher Tom Schönherr. Seit 2004 sei jedoch gegenüber 2003 ein leichter Rückgang erkennbar.

"Die ausstehenden Beträge sind auch in diesem Jahr weiter leicht gesunken, wie auch die Zahl der Mietschuldner", erläuterte Schönherr. Damit setze sich der Trend des Vorjahres fort. Die GWC biete unter anderem Mietern, die in einer für sie zu großen und zu teuren Wohnung zu leben, die Chance des Wohnungswechsels in ein kleineres Zuhause mit niedrigerer Miete und geringeren Betriebskosten an.

GWC-Geschäftsführer Torsten Kunze ergänzte: "Der Mietzuschuss wird von der Behörde direkt an die GWC bezahlt. Damit haben wir in der Regel keine Probleme. ALG-II-Empfänger sind für uns willkommene Mieter." Die anfänglichen Probleme mit der Umstellung im Zuge der Hartz-IV-Reform hätten sich wieder gelegt.

Auch die Wohnungswirtschaft GmbH Frankfurt (Oder) kann keinen starken Anstieg der Mietschulden feststellen. Von ihnen seien vorwiegend Menschen betroffen, die schon seit längerem Rückstände plagten, sagte die Mitarbeiterin für Marketing und Öffentlichkeit, Doris Kühl. "Wir können keine Rückschlüsse auf Hartz IV ziehen." Wo es im ersten Quartal plötzlich zu Rückständen kam, seien viele persönliche Gespräche geführt worden.

Viele Mieter nutzten die neue Möglichkeit der Barzahlung, berichtete Kühl. In bestimmten Fällen könne auch Ratenzahlung vereinbart werden. Wer Mietschulden habe, werde angeschrieben oder aufgesucht. "Wir arbeiten eng mit den Schuldnerberatungsstellen zusammen." Das Unternehmen hat rund 12 000 Wohnungen, von denen 2000 leer stehen.

Auch in Frankfurt können Langzeitarbeitslose die Miete von der zahlenden

Behörde direkt dem Vermieter überweisen lassen. "Das wird den Kunden angeboten und von ihnen auch genutzt", sagte der Sprecher der örtlichen Agentur für Arbeit, Torsten Wilke. Dieser Weg sei freiwillig und Betroffene müssten ihm zustimmen.

Samstag, 27. August 2005 (11:45)

Copyright 2000 bis 2005 moz.de Märkisches Verlags- und Druckhaus GmbH & Co. KG
Impressum/Ansprechpartner
Datenschutz/Privacy Policy